

# Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 4. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen:

Annoncen-Bureau:

In Berlin, Hamburg,

Wien, München, St. Gallen

Rudolph Hesse;

in Berlin, Breslau,

Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg

Wien u. Basel:

Hanssen &amp; Vogler;

in Berlin:

J. Klemmeyer, Schloßplatz;

in Breslau: Emil Gubatz.

1874.

305.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. (Kontingente nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.)

Inserte 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile ober deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, nach an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tag Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer 5 bis 11 Uhr nachmittags angenommen.

## Amstisches

**Berlin, 2. Mai.** Der König hat den hies. Ober-Reg.-Rath und Dirig. der Kirchen- und Schulabth. bei der Reg. zu Döppeln, Julius Ballhorn, zum Direktor des Konsistoriums der Provinz Preußen unter Verleihung des Charakters als Konsistorial-Präsident mit dem Range eines Rathes III. Klasse ernannt.

Am Gymnasium in Essen ist dem Oberlehrer Dr. Friedrich Wilhelm Conrads der Professortitel und dem ord. Lehrer Clemens Blagge das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Kloss bei dem Kreisger. in Bartenstein, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Kreuzburg, der Ger.-Ass. Bittelmann bei dem Kreisger. zu Stargard i. P., mit der Funktion bei der Ger.-Deputation in Pyritz, der Ger.-Ass. Hecht bei dem Kreisger. in Kaufmann, der Ger.-Ass. Ilse bei dem Kreisger. in Wankleben, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Egein, der Ger.-Ass. Koch bei dem Kreisger. in Templin, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Zehdenick, der Ger.-Ass. v. Kameke bei dem Kreisger. in Jüterbog, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Luckenwalde, und der Ger.-Ass. Wagner bei dem Kreisger. in Wronowitz. Der Ger.-Ass. Scholl ist zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Neumagen ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Haag, 2. Mai.** Wie eine hier eingetroffene offizielle Depesche aus Buitenzorg vom heutigen Tage meldet, ist der General van Spielen mit seinem Stabe dort eingetroffen. Der Gesundheitszustand in Batavia ist ein befriedigender.

**Bern, 2. Mai.** Die militärische Besetzung des Dorfes Brislach im Berner Jura, welche in Folge der durch die Ultramontanen veranlasseten Unruhen für notwendig erachtet war, ist wieder aufgehoben, jedoch bleibt eine Kompanie auf Piquet gestellt.

**Lissabon, 2. Mai.** Nach hier eingegangenen brasilianischen Nachrichten hat sich der verhaftete Bischof Vital d'Oliveira fortwährend geweigert, das Interdikt aufzuheben, welches er gegen die geistlichen Bruderschaften der Provinz Pernambuco, wie bekannt, verhängt hat, weil dieselben Freimaurer unter sich aufgenommen haben. Der päpstliche Nuntius hat den mehrfach erwähnten Brief des Kardinal-Staats-Sekretärs Antonelli, durch welchen angeblich eine Beilegung des Interdikts zwischen dem Papste und der kaiserlich brasilianischen Regierung herbeigeführt werden sollte, nicht publiziert. Dem Bischof Vital d'Oliveira hat sich in seinem Auftreten der Bischof von Pará angeschlossen und macht keine weiteren Maßnahmen von den Erbkundigen abhängig, die er direkt in Rom einholen werde.

**Athen, 3. Mai.** Comunduros hat dem Könige gestern ein Memorandum vorgelegt, in welchem er das Verlangen stellt, daß von seiner Amtsführung jeder unberechtigte Einfluß fern gehalten bleiben und eine Aenderung in der auswärtigen Politik eintreten müsse; andernfalls sehe er sich außer Stande, den Auftrag des Königs, ein neues Ministerium zu bilden, auszuführen.

## Posen-Rokietnica-Schneidemühl.

**DAC. Berlin, 2. Mai.** In der gestern Abend stattgehabten Sitzung der Eisenbahn-Anleihe-Kommission wurde die Spezialdiskussion über die Pommerschen Eisenbahnen begonnen, welche von der Station Rokietnica der Stargard-Posener Eisenbahn über Schneidemühl nach Belgard mit der Abzweigung nach Ulrichsstadt, von da einerseits über Schlawa nach Kügenwalde und Kügenwaldermünde, andererseits über Stolp nach Stolpmünde führen soll. Gegen die Bewilligung sprachen die Gegner der Staatsbahnen die Abg. v. Benda, Stengel und Dohrn. Der Regierungs-Kommissar, Ministerial-Direktor Weißhaupt gab mit Rücksicht auf die laut gewordenen Befürchtungen über die den beteiligten Privatbahnen dadurch entstehende Konkurrenz beruhigende Erklärungen ab, da der Staat die Oberschlesischen Eisenbahnen vollständig in Händen habe. Auch suchte der Regierungskommissar diejenigen Bedenken zu beseitigen, welche von der vor einiger Zeit hier antwefenden posener Deputation erhoben waren. Die Staatsregierung werde den Wünschen dieser Deputation so viel als thunlich entgegenkommen. Die Kommission faßte in ihrer gestrigen Sitzung noch keinen Beschluß, vertagte vielmehr die Diskussion auf heute Abend.

(##) **Berlin, 3. Mai.** Die Kommission für die Verathung des Gesetzentwurfs betreffend eine Anleihe von 50,600,000 Thlr. zu Eisenbahnzwecken nahm in ihrer gestrigen Sitzung auch nach der Fortsetzung der Verathung mit Majorität die Bahnlinie Rokietnica-Schneidemühl-Golberg zc. definitiv an, nachdem eine kleine Aenderung beliebt war. Der Referent Abg. Berger bemerkte nämlich, daß es auffallen müsse, warum man grade Rokietnica gewählt habe, ihm scheine der Ausgangspunkt Posen doch zweckmäßiger und er wünsche die Gründe zu hören, welche die l. Staatsregierung veranlaßt hätten, grade den Ausgangspunkt Rokietnica zu wählen, wie der Herr Kriegsminister sich zur Bahn verhalten habe, und ob der Einfluß der Oberschlesischen Bahn durch die Ueberführung auf die Posen-Stargarder Bahn nicht eine Schädigung für den Verkehr mit sich bringen würde. Der Reg.-Kommissar theilte nun mit, daß die Petitionen meistens von der irrigen Ansicht ausgingen, als solle die Bahn in Rokietnica ihre Endstation erreichen und nur die Posen-Stargarder Bahn den Transport übernehmen. Dies sei falsch. Man beabsichtige alle Züge direkt vom Zentralbahnhof in Posen abzulassen, und ebenso die von Pommern kommenden bis dorthin zu führen, um daß die neue Linie an irgend einem Punkte zwischen Rokietnica und Posen auf das Gleis der Posen-Stargarder Bahn geführt und dieses mit benutzt würde. Der andere Weg um die Stadt Posen herum, durch die Festungswerke mit Ueberschreitung der Warthe, sei ein sehr kostspieliger und der dort zur disposition stehende Raum sehr beschränkt. Der jetzigen Linie Posen-Inowracław habe die

Strecke mit der Warthebrücke durch die Stadt wohl über eine Million gefoset. Nun müsse man aber erwägen, daß Posen-Slupsee in sicherer Aussicht stände, die einen bedeutenden Transport aus Posen und Rußland herbeiführen würde, ebenso werde die direkte Linie Bromberg-Posen in Aussicht zu nehmen sein. Es sei daher nicht zweckmäßig erschienen, durch eine 4. Bahn diesen engen Raum um die Stadt herum noch unnötig mehr zu beschweren und habe man daher lieber statt dessen den anderen billigeren Weg an die Stargard-Posener Bahn gewählt. Der Herr Kriegsminister habe ja durch Unterzeichnung des Gesetzes seine Zustimmung gegeben. Auch die Befürchtungen in Betreff des Einflusses der Oberschlesischen Bahn wiederlegt der Reg.-Kommissar auf das Klarste. Abg. v. Tempelhoff erklärte diesen Ausführungen des Herrn Reg.-Kommissars nichts entgegenstellen zu können. Abg. Witt fügte nur noch hinzu, daß die künft. Staatsregierung, da die Details der Bahn noch nicht festgestellt seien, doch vielleicht die projektirte Linie rechts bei Dornitz über die Warthe und dann mit einer Schwenkung nach Rogasen zu über Chodziele nach Schneidemühl führen möge, welche ihm unter den gegebenen Umständen als eine zweckmäßigere erscheine, und auch bereits von der Pommerschen Zentralbahn f. B. projektirt worden sei. Nach weiterer Diskussion beschloß die Kommission auf Antrag des Referenten der Regierungsvorlage die Zustimmung zu ertheilen, mit der Aenderung, daß nicht Rokietnica selbst, sondern ein Punkt zwischen Posen und Rokietnica an der Stargard-Posener Bahn als der Ausgangspunkt bezeichnet wurde. Die anderweitige Verhandlung über die Strecke von Schneidemühl nach Pommern dürfe von weniger Interesse für die Provinz Posen sein, und wird sich aus dem späteren Bericht ergeben.

## Zur Lage in Spanien.

Bereits am Sonnabend Abend lief ein vom 1. Mai datirtes Telegramm der Madrider Korrespondenz hier in Posen ein, welches ohne weiteren Zusatz den Einzug Marshall Serrano's und General Concha's in Bilbao meldete. Bis heute liegen seltsamer Weise noch keine Details zu jener so frappirenden Depesche vor, außer einer Ergänzung des „W. L. B.“, welche besagt, daß der Einzug unter allgemeinem Jubel der Bevölkerung von Bilbao vor sich gegangen sei.

Sollte sich die Nachricht, was nicht unwahrscheinlich ist, in ihrem vollen Umfange bestätigen, so wäre damit den Berichterstattern auf dem Kriegsschauplatz im Norden Spaniens ein arger Streich gespielt, der vollständig wider die Abrede lief, denn die jüngsten Somorrostro-Santander-Joder Castro di Urbiales-Korrespondenzen der hervorragendsten Journale versicherten bis zur letzten Stunde, daß die Entsetzung Bilbao's durch die republikanischen Truppen vorläufig in weitem Felde stünde, ja daß nicht einmal an ein längeres Halten dieses Platzes gedacht werden könnte. Da wir jene Korrespondenzen, so weit sie von Interesse waren, ganz oder im Exzerpte unseren Lesern mitgetheilt haben, sind wir jetzt in einem Augenblicke wo Bilbao entweder schon wirklich von den Serrano'schen Truppen eingenommen ist, oder aber wo dieser Akt doch als ganz unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden muß, genöthigt, in Nachstehendem ein Schlüssel zu jenen so unerwarteten Vorgängen vor Bilbao zu geben.

Nachdem am Dienstag und Mittwoch voriger Woche die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wie gemeldet, durch massenhaftes Batteriefener der Republikaner erfolgt war, richtete sich das Hauptaugenmerk der republikanischen Führer darauf, mit aller Energie die Carlisten aus ihren besetzten Positionen an der Gebirgskette vor Palmas de la, in welche sie durch vorausgegangene Tirallieurplänkchen und nachfolgende Vorstöße, welche schon den Namen Schlachten verdienen, geworfen worden waren und wo sie sich nach Kräften verschanzt hatten, in der Richtung nach Palmas de la hin zurückzudrängen, um so freiere Hand zur Entsetzung Bilbao zu bekommen. Die Besetzung von Montellano durch die Avantgarde Serrano's stellte die Verbindung der Serrano'schen mit der Concha'schen Armee her und nachdem die Avantgarde der letzteren unter General Echague die Höhen von Palmas de la, das heißt die Passhöhe zwischen dem Somorrostro- und dem Cadagua-Gebiete bei Abellameda genommen hatte, war das Cadagua Thal von den Carlisten nicht mehr zu behaupten und Palmas de la nebst allen weiter westlich gegen Santander hin gelegenen Positionen der Carlisten von Bilbao abgeschnitten.

Jetzt konnte General Echague, wie ein Blick auf eine einigermaßen genaue Karte vom Kriegsschauplatz belehrt, seinen Marsch auf Bilbao ungehindert fortsetzen und unging außerdem zu gleicher Zeit die carlistischen Stellungen von Galdames, welche den Frontangriffen Serrano's von Somorrostro aus so energischen Widerstand geleistet hatten. Diese mußten dadurch haltlos werden und die Carlisten räumten daher die für uneinnehmlich gehaltenen Positionen, welche sofort von den Regierungstruppen okkupirt wurden.

Die Nachricht hiervon erregte, wie telegraphisch gemeldet wurde, bei ihrem Eintreffen in Madrid kolossalen Jubel und dürfte möglicher Weise zu der uns etwas verfrüht erscheinenden Alarmnouveau von der Einnahme Bilbao's geführt haben.

Da die Höhen westlich von Bilbao nunmehr in den Händen der Regierungstruppen sind, ist es klar, daß die carlistische Zernung von Bilbao zerstört ist und allerdings jeden Augenblick ein Vorstoß Serrano's auf Bilbao und somit eine Entsetzung desselben zu erwarten ist. Daß dies aber ohne heisse Kämpfe abgeht, ist nicht anzunehmen.

Der carlistischen Armee ist, im Falle Bilbao thatsächlich in die Hände der Republikaner geräth, noch lange nicht der Rückzug abgeschnitten. Sie wird sich in die Richtung nach Durango hin rückwärts kon-

zentriren und sich von dem Gros der Republikaner verfolgen lassen, um an geeigneter Stelle eine offene Feldschlacht anzunehmen. Uebrigens ist es auf der anderen Seite nicht unwahrscheinlich, daß die Carlisten, nachdem ihre Pläne mit Bilbao in's Wasser gefallen sind, sich unterwerfen, vorausgesetzt, daß ihnen Amnestie garantirt wird. Das wäre das Wünschenswertheste für das verwüstete, schwergeprüfte Land. H.

Nachdem wir vorstehenden Artikel bereits niedergeschrieben hatten, trafen im Augenblicke als wir im Begriff standen unter die Presse zu gehen, noch folgende Telegramme ein, von denen die ersten beiden die Einnahme Bilbao's zwar bestätigen, ohne jedoch das Faktum selbst irgendwie zu erklären. Die Drahtmeldungen lauten:

Paris, 3. Mai. Abends. Ein Telegramm des Journal „Soir“ aus Bayonne vom heutigen Tage bestätigt die Nachricht von der Entsetzung Bilbao's. Zwölf Kanonen und eine große Anzahl carlistischer Gefangener sind in die Hände der Regierungstruppen gefallen.

London, 3. Mai. Abends. Der „Observer“ meldet, bei dem hiesigen Vertreter der spanischen Regierung sei gestern Abend ein amtliches Telegramm eingegangen, welches den Einzug des Marshall Serrano in Bilbao bestätige.

Madrid, 2. Mai. Mittags. Die amtliche „Gaceta“ meldet, nach der letzten Depesche Castro di Urbiales von gestern Nachmittag 1 Uhr sei die Armee in Portugalete eingetroffen. Spätere Telegramme vom Marshall Serrano habe die Regierung noch nicht empfangen, weil nach der Verlegung des Hauptquartiers nach Portugalete der Telegraph für den Militärdienst noch nicht eingerichtet sei. — Nach Mittheilungen von gestern Abend, welche dem „Imparcial“ zugegangen sind, wäre Marshall Serrano um 3½ Uhr in Portugalete eingetroffen, aber sofort wieder in der Richtung auf Bilbao zu abgegangen, wohin auch die Generale Concha und Lopera ihren Marsch gerichtet hätten.

2. Mai. Abends. Offizielle der Regierung zugegangene Nachrichten melden den gestern erfolgten Einzug des Marshall's Serrano in Portugalete. — Zwei Divisionen sind unter seinem Oberbefehl auf das rechte Ufer des Nervion gegangen. Die Carlisten haben Castrejana verlassen. Das dritte Korps unter dem General Concha hält die Höhen von Santa Agueda besetzt. Die Carlisten verdoppeln das Feuer auf Bilbao, welches von der Stadt lebhaft beantwortet wird. — Ein Telegramm des Marshall's Serrano aus Portugalete vom heutigen Tage berichtet ferner: Der General Concha hat mir angezeigt, daß einige Freiwillige aus Bilbao zu ihm gekommen seien, um ihm zu melden, die Carlisten hätten alle ihre Stellungen verlassen, und daß er selbst die Brücken bei Bureana und Castrejana rekonstruiren wollte, um seine Truppen über den Fluß zu setzen. Ich habe ihm geantwortet, er solle zuerst mit seinem Armeekorps nach Bilbao marschiren. — Die Regierungstruppen ziehen noch immer bei Portugalete über den Nervion, um auf der anderen Seite gegen Bilbao vorzugehen. — Die aus Privatquellen stammenden Nachrichten, nach denen der Marshall Serrano bereits seinen Einzug in Bilbao gehalten haben sollte, bestätigen sich hiernach bis jetzt nicht.

(Siehe auch die Carlistendepesche unter Paris vom 4. d. M.)

## Vom Landtage.

## 57. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 2. Mai 11 Uhr.** Am Ministertisch Dr. Falk, Graf zu Eulenburg und Camphausen mit zahlreichen Kommissarien. Von den Ministern der Finanzen und des Handels ist ein Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials der Staatsbahnen eingegangen.

Die dritte Verathung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die alten Provinzen veranlaßt den Abg. Haenel (Professor der Rechte zu Kiel, Fortschrittsmann) zu folgender Bemerkung: Auch ich und meine politischen Freunde begreifen diese Vorlage mit Freuden, weil sie den erblichen und korrekten Ausgleich zwischen den Staatsanprüchen und den verfassungsmäßigen Ansprüchen der evangelischen Kirche enthält. Diesen Ausgleich halte ich für einen Präcedenzfall von entscheidender Wirkung, da derselbe über das Gebiet des gegenwärtigen Gesetzes weit hinausreicht. Daß dies thatsächlich der Fall ist, will ich Ihnen an einem Beispiele erläutern. Durch k. Erlass vom 11. August 1869 wurde für die evangelisch-lutherischen Gemeinden Schleswig-Holsteins eine Gemeindeordnung gegeben, im Jahre 1871 in eine Probstei- und Gesamtsynodal-Ordnung eingetreten. Die letzteren beiden sind nicht ins Leben getreten, die Gemeindeordnung aber ist durch das Konsistorium ausgeführt worden und steht heute thatsächlich in Wirksamkeit. Während nun die kirchlichen Ordnungen älterer Zeit in Schleswig-Holstein mit der Gesetzgebung des Staates aus das Engste verknüpft sind, geht der Erlass vom 1869 in der Nichtberücksichtigung landesherrlicher Bestimmungen so weit, daß er einige geradezu aufhebt. In Folge dessen besteht gegenwärtig in Schleswig-Holstein ein Zustand, welcher mit den Anschauungen des Staates, wie dieselben auch in dem Erlass vom 10. September 1873 ausgesprochen sind, im direkten Widerspruch steht. Die Staatsregierung hat somit selbst ein Interesse, diesen Widerspruch zu beseitigen und die uns vorliegende Gemeindeordnung auch auf die übrigen Provinzen auszudehnen.

Kultusminister Dr. Falk: Der Abg. Dr. Haenel hat in seinen Auffassungen vollständig Recht. Ich habe zunächst der schleswig-holsteinischen Kirchenverfassung keine weitere Entwicklung angedeihen lassen, weil ich mich für verpflichtet hielt, erst abzuwarten, welchen Gang die Förderung derselben Angelegenheit in den alten Provinzen des preussischen Staates nehmen würde. Inzwischen habe ich Anordnungen getroffen, daß den Provinzialbehörden von Schleswig-Holstein die Angelegenheit nach denselben Gesichtspunkten zur Erörterung gestellt wird, die dieser Vorlage zu Grunde liegen.

Abg. Haenel referirt noch über einige Petitionen, welche durch das vorliegende Gesetz für erledigt erklärt werden.

In der Spezialdebatte werden die einzelnen Artikel fast ohne Debatte unbeeinträchtigt angenommen; nur beim Art. 8. wiederholt sich, was die bereits gestern gestellten Fragen bezüglich der Vermögensverwaltung und zwar besonders bezüglich des Aemterkirchenfonds und des fiskalischen Patronats, die gestern nicht genügend beantwortet sind. Der Kultusminister erwidert, daß gestern der Aemterkirchenfonds nicht speziell genannt worden sei, daß also auch darauf keine Antwort erfolgen konnte. Die Bestimmungen der Synodalordnung sind allgemeine und werden auch auf diesen Fonds Anwendung finden. Bezüglich der Frage des fiskalischen oder staatlichen Patronats hat der Regierungskommissar gestern keine Einschränkung ausgesprochen, sondern nur die verschiedenen Arten des fiskalischen Patronats charak-



terisiert. Im Uebrigen wird der Fiskus alternierend auf sein Patronat verzichten. Daß diese Angelegenheit möglichst rasch erledigt werden soll, versteht sich von selbst; die Erledigung steht aber natürlich im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Landtages.

Der Gesetzentwurf wird dann definitiv im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Desgleichen das Fischereigesetz in dritter Berathung, ferner die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge nach der Magdeburger Polizeiverordnung vom 3. Januar 1688, der revidierten Willkür der Stadt Burg vom 3. Februar und konfirmiert den 16. März 1698, sowie des märkischen Erbrechts in dem 1. und 2. Jerichowischen Kreise, und betreffend die Aufhebung des Homagialeides in erster und zweiter Berathung.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Beteiligungen der Staatsbeamten bei der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Kommandit- und Bergwerksgesellschaften.

§ 1 lautet: Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgelegten Ressortministers nicht Mitglieder des Vorstandes, Aufsicht- oder Verwaltungsraths von Aktien-, Kommandit- oder Bergwerksgesellschaften sein, und nicht in Komitees zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten. Die Genehmigung ist fortan zu verweigern, wenn die Mitgliedschaft mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvortheile verbunden ist."

Hierzu beantragt 1) Kalle, die Worte „Aktien-, Kommandit- oder Bergwerksgesellschaften" zu ersetzen durch das Wort „Erwerbsgesellschaften".

2) Schmidt (Sagan), Alinea 2 so zu fassen: „Eine solche Mitgliedschaft ist gänzlich verboten, wenn dieselbe mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvortheile verbunden ist. Jedoch können die vor der Publikation dieses Gesetzes bereits erteilten Genehmigungen, sofern sich aus der Benutzung derselben keine Unzulänglichkeiten ergeben haben, bis zum 1. Januar 1876 in Kraft belassen werden."

Abg. Schmidt empfiehlt sein Amendement, nachdem er seine Befriedigung über die Vorlage, insbesondere darüber ausgesprochen, daß sie auf besoldete und unbesoldete Staatsbeamte Anwendung finden solle, während der frühere Entwurf nur von besoldeten gesprochen habe.

Abg. Rath Herrfurth: Die Frage, ob eine solche Bestimmung in das Gesetz aufgenommen sei, ist von der Regierung nicht unermogen geblieben, jedoch schließlich verneint worden. Es steht einer solchen Bestimmung schon ein prinzipielles Bedenken entgegen; das Gesetz kann eine rückwirkende Kraft nicht haben, weil die Beamten erteilte Genehmigung nur als eine stets widerrufliche erteilt worden ist. Uebrigens aber würde es eine große Härte sein, solchen Beamten, welche bereits längere Zeit eine Nebeneinnahme bezogen, dieselbe auf einmal zu entziehen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder aus dem Staatsdienste zu treten, oder auf das Nebeneinkommen zu verzichten. Auch Art. 16 des Reichsbeamtengesetzes hat denjenigen Reichsbeamten, welchen die Beteiligung bei der Gründung und Verwaltung von Privatgesellschaften bereits gestattet war, dieselbe nicht entzogen. Die Annahme der eingebrachten Amendements würde deshalb das Zustandekommen des Gesetzes nicht wenig erschweren und sind ähnliche Amendements bei einer früheren Gelegenheit in der That abgelehnt worden. Ich bitte Sie, die Anträge der Abgg. Schmidt und Kalle auch jetzt abzulehnen.

Abg. Lascher: Ich würde Sie bitten, die beiden Amendements der Abg. Schmidt und Kalle anzunehmen; das letztere darum, weil das Objekt, bei welchem die Beamten sich nicht betheiligen dürfen, im Reichsgesetz so geordnet ist wie hier. Ich verstehe, daß einige Herren die Regierungsvorlage darum vorziehen würden, weil sie die Beteiligung an den Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch vorsehen. Ich lasse dahingestellt, inwieweit diese Beteiligung nach der Interpretation der Regierungsvorlage ausgeschlossen sein würde. Im Reichstage ist diese Frage offen gelassen worden und irre ich nicht, so wurde vielfach angenommen, daß durch den Wortlaut jenes Gesetzes die Beteiligung an den Genossenschaften nach dem System Schulze nicht ausgeschlossen sei. Wir könnten leicht Auskunft darüber erhalten, ob den zahlreichen Postbeamten die Fortführung ihrer bezüglichen Stellungen an den Genossenschaften dieser Art gestattet worden ist. Ich würde aber nicht gern zwei Arten von Beamten einführen. Die Reichsbeamten sind ganz in dieselbe Stellung gebracht worden wie die Staatsbeamten, soweit das öffentliche Interesse in Frage kommt. Dies Prinzip ist von uns für so wichtig gehalten worden, daß sogar das Zustandekommen des Reichsbeamtengesetzes allein durch dieses Prinzip gefährdet war, und deswegen haben wir von einer Session zur anderen verlangt, daß es gleich gehandhabt würde, bis diese Gleichstellung herbeigeführt ist, ebenso gut hätte auch hier diese Gleichstellung herbeigeführt werden können. Sodann empfehle ich die Annahme des Antrages Schmidt. Die Regierung will einen Unterschied machen für die Beamten, welche bereits solche Stellungen erhalten haben und will sich selbst die Prüfung vorbehalten, ob eine Schädigung des öffentlichen Interesses herbeigeführt werde oder nicht, das halte ich für durchaus unmöglich, so lange wir im Gesetz nicht ein objektives Merkmal der Kritik aufstellen. Da wir einmal die Beteiligung der Beamten als dem öffentlichen Interesse widersprechend bezeichnet haben, können wir doch nicht die Entscheidung darüber der Regierung überlassen, ob im einzelnen Falle das Interesse gefährdet wird oder nicht. Zwei Momente kommen in Betracht: das eine ist nicht im eminenten Sinne öffentlich; es bezieht sich darauf, inwieweit der Beamte durch Nebeneinkünfte abgehalten wird, sein Hauptamt gehörig auszufüllen. Das ist eine Zeitfrage, betrifft die Ausnutzung der Kräfte und tritt auch bei solchen Aemtern ein, mit denen nicht eine Remuneration verbunden; darin haben wir es der Regierung völlig in die Hand gegeben, daß sie als vorgelegte Behörde entscheidet, ob eine Beeinträchtigung eintritt oder nicht. Sodann scheidet das Gesetz einen zweiten Fall aus, in welchem erklärt wird, es widerspreche der öffentlichen Wohlfahrt, daß ein Beamter gegen Entschädigung an Privatgesellschaften Theil nimmt. Dies allein ist der Grund des Verbots und aus diesem Grunde sollte nicht die Regierung darüber entscheiden, ob in einem bestimmten Falle das öffentliche Interesse oder das der Beamten leidet. Die entgegengelegte Ansicht mag einer wohlwollenden Gesinnung entspringen; ich möchte aber davor warnen nicht für einen großen Theil von Beamten, welche gegenwärtig schon eine solche Stellung angenommen haben, eine so bedeutende diskretionäre Gewalt in die Hände der Regierung zu legen; dies thut sowohl dem öffentlichen Interesse als der Selbstständigkeit der Beamten Schaden. Alle Beamten, welche erhebliche Nebeneinkünfte haben, sind ganz in die Hand der Regierung gegeben, weil diese mit einem Federstrich ihnen die Einnahmequelle verschließen kann. Ob, wie der Regierungskommissar behauptete, das Reichsbeamtengesetz eine ähnliche Bestimmung enthält, wie die Vorlage, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen; indessen ist in keinem Fall das Uebel so weitgehend, wie in Preußen, da bei den Reichsbeamten nicht in solchem Umfang eine Beteiligung an Aktiengesellschaften stattfindet und ich bedauere, daß das Reichsbeamtengesetz nicht dem entsprechend geändert ist. Der Herr Regierungskommissar hat weiter behauptet, daß das vom Abgeordnetenhaus im vorigen Jahr angenommene Amendement das Gesetz im Herrenhaus zum Falle gebracht habe. Hier hat sich eine lebhaftere Strömung zu Gunsten der Beamtenbeteiligung geltend gemacht, ich habe sogar Theorien entwickeln gehört, wonach Privatgesellschaften auf eine höhere Stufe gebracht würden, wenn von einer Behörde gefordert werden könne, daß sie sich an ihnen betheilige, dadurch würde den unläuteren Gesellschaften, wie sie bestehen, ein lauterer Element beigegeben (Geheiß). Dies muß ganz ernst behandelt werden, wie alle gekünstelten Einfälle auf eine ernste Theorie gebracht werden dürfen. Etwas Ähnliches klang in den Berathungen des Herrenhauses durch. Hatte das Herrenhaus das Gesetz im vorigen Jahre angenommen und nur dieses eine Amendement entfernen wollen, so sind die meisten Mitglieder desselben gleichgültig genug, um zu wissen, daß man in solchem Falle nicht das Gesetz, sondern nur das Amendement ablehnt. Es hat aber in der Zusammenkunft des Herrenhauses im vergangenen Jahre das Interesse für Privatgesellschaften und für Beamte überwogen und die Herren, die sich betheiligen haben, haben dieses Interesse für stark

genug gehalten, um einstweilen das Gesetz abzulehnen und haben sich mit dem öffentlichen Interesse abgefunden, indem sie eine Resolution angenommen haben. Nun erklärt aber die Regierung, daß sie sich auf den langen Weg, der mit dieser Resolution vorgeschlagen wird, nicht einlassen könne. Nehmen wir also das Gesetz in dem Sinne an, wie wir es für gut halten und überlassen wir es dem Herrenhause, diese Frage vor dem Lande zu verantworten; es will den jetzigen Zustand aufrecht erhalten, den wir und die Regierung für unzulässig halten. Nehmen wir deshalb das Gesetz an, so wie es die beiden anderen Faktoren für gut halten. Es thut mir im höchsten Grade leid, daß wir ein ganzes Jahr durch dieses Gesetz aufgehalten sind und noch mehr leid thut es mir, daß innerhalb dieses Jahres, wie ich berichtet bin, hohe Staatsbeamte es für gut und passend gefunden haben, derartige auf sie gefallene Wahlen in der Zwischenzeit anzunehmen. (Hört! Hört!) Auch diese Beamten würden jetzt schon unter die Wohlthat des Gesetzes fallen. In den vergangenen Tagen hat wieder ein hoher Beamter diese Wahl auf sich zu lenken gewußt, denn ich nehme nicht an, daß Zwangswahlen vollzogen werden, wodurch die Beamten genötigt werden, solche lukrativen Stellen anzunehmen. (Hört! Hört!) Es ist der Polizeipräsident von Berlin, auf den neulich eine solche Wahl gelenkt worden ist. Sicherlich haben wir das größte Interesse für die Beamten und wollen ihnen durchaus nicht zu nahe treten, wenn wir dieses Gesetz verschärfen: wir meinen aber, daß der Beamte immer seinen höchsten Lohn in seinem Beruf zu finden hat, in dem, was er dem Staate leistet. Wir wollen nicht das Bestreben unterstützen, wonach ein Beamter seine vergangenen Einnahmen erhalten will, obwohl er durch diese Befugnis ganz in die Hände des Vorgesetzten gegeben ist. Der Antrag Schmidt sagt mit Recht: Mit den Gegenständen des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sittlichkeit soll man nicht Handel treiben, sondern man soll sie ganz durchführen. Deshalb bitte ich um Annahme dieses Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kalle: Nachdem der Herr Abg. Lascher mein Amendement bereits verteidigt hat, kann ich mich darauf beschränken, zu betonen, daß der von mir vorgeschlagene Ausdruck „Erwerbs-Gesellschaften" vor dem Ausdruck der Vorlage „Aktien- und Kommandit-Gesellschaften" schon deshalb den Vorzug verdient, weil er sich auf das Objekt der Gesellschaft, letzterer aber nur auf die Form derselben bezieht.

Abg. Ricker: Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Abg. Lascher insofern einverstanden, als sie sich auf den Antrag Schmidt beziehen. Ich glaube, der Herr Regierungskommissar irrt sich darin, wenn er meint, daß die Fassung der Regierungsvorlage mit dem Reichsgesetz übereinstimmt. Im § 16 des Reichsgesetzes heißt es: „Diese Genehmigung ist zu dem Eintritt der Reichsbeamten in den Vorstand, Verwaltung- oder Aufsichtsrath einer jeden auf Erwerb gerichteten Gesellschaft erforderlich. Sie darf jedoch nicht erteilt werden, sofern die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration verbunden ist. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich." Diese beiden Sätze aneinandergehalten, scheint es mir unzweifelhaft zu sein, daß die Interpretation des Herrn Regierungskommissars eine unrichtige ist. Ich erinnere mich auch bei keiner Stelle der Verhandlungen des Reichstages, soweit ich übersehen kann, daß diese Interpretation von irgend einem Redner adoptirt worden ist. In Bezug auf den Antrag des Herrn Abg. Kalle möchte ich nicht so weit gehen, wie der Herr Abg. Lascher. Wenn es richtig wäre, daß die Genossenschaften, die Schulze-Delitzschen Vorshupvereine, die Konsum-, die Sparvereine und eine Reihe anderer gemeinnütziger Gesellschaften nicht unter den Begriff der Erwerbsgesellschaften fallen, so würde ich nichts dagegen einzuwenden haben. Es scheint mir aber aus den Verhandlungen des Reichstages, sowie aus denen des Herrenhauses, ja aus dem Wesen dieser Gesellschaften selbst unzweifelhaft zu sein, daß sie allerdings mit hineinzubegreifen sind. Der Abgeordnete Schulze selbst hat diese Vorshup-, Konsum- und Sparvereine auf Erwerb gerichtete Gesellschaften genannt, wie er auch nicht anders konnte; denn die Mitglieder erhalten aus dem Geschäft Dividenden, wenn sie auch nur Geschäfte mit ihren eigenen Mitgliedern machen. Nun meine ich, daß wir doch gar kein Interesse haben, weiter zu gehen, als das Interesse des Staatsdienstes reicht und das Interesse der Aufrechterhaltung der Integrität und Autorität unserer Staatsbeamten. Wenn Sie nun in Betracht ziehen, daß von den 4000 Schulze-Delitzschen Genossenschaften der bei weitem größte Theil sich in Preußen befindet und daß dieselben namentlich an kleinen Orten auf die Hilfe der Staatsbeamten angewiesen sind, so werden Sie mit der Annahme des Antrages Kalle für den Fall, daß diese Genossenschaften unter die Erwerbsgesellschaften fallen, einen sehr tiefen und schädlich in Eingriff in die Entwicklung dieser Genossenschaften machen. Sie würden eine Reihe von Sparvereinen, ich will nicht sagen zu Grunde rufen, aber schädigen und beengen. Ich behaupte, weder das Interesse des Staatsdienstes, — denn auch hier ist die Genehmigung der oberen Behörden erforderlich — noch das Interesse an der Integrität und Autorität des Beamtenstandes erfordert es, daß wir so weit gehen, und daher bitte ich Sie, den Antrag Kalle abzulehnen.

Abg. Rangier: Ich bitte Sie dringend, das Amendement des Abg. Schmidt anzunehmen. Der Herr Minister des Innern selbst hat seiner Zeit im Herrenhause ausgeführt, daß diejenigen Beamten, welche neben ihrer amtlichen Stellung bei einem Privatunternehmen sich betheiligen, dem Publikum gegenüber in eine schiefe Lage kämen. Er sagte ferner, es wäre eine derartige Vereinigung staatlicher und Privat-Interessen der Staats-Regierung nicht angenehm, weil im Publikum der Glaube erweckt würde, als ob Unternehmungen, bei denen Staatsbeamten sich betheiligen, unter der Garantie der Regierung ständen, was letztere zu verhindern allen Grund habe. Der Herr Regierungskommissar hat davon gesprochen, daß es eine Härte sein würde, Beamten, welche schon längere Zeit eine Nebeneinnahme bezogen hätten, ihnen dieselbe auf einmal zu entziehen. Diese Auffassung kann ich nicht theilen, denn es handelt sich hier nicht um wohlverdienene Rechte der Beamten, sondern nur um solche, welche ihnen auf beliebigen Widerruf erteilt worden sind. Bei der Einführung der Zivil-Gesetze hat doch die Regierung das Prinzip, die Beamten, hier die Geistlichen, für den Verlust ihrer Nebeneinkünfte zu entschädigen, selbst nicht anerkannt. Die industriellen Gesellschaften aber haben kein Interesse, daß die Beamten, welche sie einmal haben, ihnen nicht entzogen werden; sie werden in der Lage sein, das Gehalt derselben so zu vergrößern, daß sie den Staatsdienst quittieren können. Auch das Kalle'sche Amendement bitte ich Sie anzunehmen. Wir wollen eben nicht, daß die Beamten ihre Kräfte mehr dem Genossenschaftswesen, als ihrem staatlichen Berufe widmen. Und dieses Prinzip müssen wir in seiner ganzen Reinheit aufrecht erhalten.

Abg. Lascher: In Beziehung auf das Amendement Kalle will ich nur noch auf einige Bemerkungen zurückkommen, die mein verehrter Nachbar Ricker gemacht hat. Der Name imponirt mir nirgend, ob eine Gesellschaft unter dem Namen der Genossenschaft oder der Aktiengesellschaft auftritt; ich habe weder eine Abneigung gegen diese noch eine solche Liebe zu jener, daß ich meine, wenn eine Gesellschaft unter dieser Firma auftritt, dann sei sie schon erhaben über jede mögliche Kollision. Es giebt zweierlei Genossenschaften: solche, die unbedingt gefördert werden und an denen die Beamten theilnehmen können, das sind namentlich die kleineren Genossenschaften, welche lediglich den Zweck haben, unter einander gewisse Produkte sich billiger zu beschaffen, sich Vortheile zu geben und auf diese Weise unter sich selbst nur ihre eigenen Angelegenheiten zu betreiben. Eine große Anzahl anderer dagegen betreibt unter dem Namen von Konsumvereinen einen großen Handel und macht große Geschäfte durch Absatz an dritte Personen, die nicht Mitglieder des Vereins sind. Diese letzteren Genossenschaften unterscheiden sich nur der gesetzlichen Form nach und nach ihren Wirkungen von den Aktiengesellschaften, aber in Beziehung auf die Beamten unterscheiden sie sich in keiner Weise. Dies gilt namentlich von allen Produktivgenossenschaften, die von so erheblichem Umfang sind, daß gar kein Grund vorhanden ist, sie anders zu stellen, als andere Aktiengesellschaften. Ich würde gern bereit sein, in der dritten Lesung oder auch heute noch Ausnahmen zu gestatten und solchen Anträgen beizustimmen, welche im Sinne haben, nur die Genossenschaften, die auf mehr als gegenseitige Ausbilde gerichtet sind, auszunehmen; aber der Name „Genossenschaft" darf uns nicht zu Ausnah-

men bestimmen. Wir unterscheiden sonst schon zwischen Genossenschaften, welche keine Gewerbetreuer zählen, und solchen, die sie zählen. Dies wäre ein Kriterium für die Unterscheidung in dem vorliegenden Gesetz. Ich bitte aber nicht einen Antrag anzunehmen, der nicht das Wesen, sondern den Namen der Gesellschaft, also nur eine äußere Form trifft. Darum gebe ich der Regierungsvorlage so lange den Vorzug, bis mir ein besserer Antrag, als der vorliegende, entgegengebracht wird.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt sich für die Regierungsvorlage, damit eine Gleichheit mit dem Reichsbeamtengesetz hergestellt werde. Für die Vorlage stimme er auch deshalb, weil dieselbe schon in bestehende Verhältnisse eingreift und weil von der Regierung eher eine zu große Rücksichtnahme als Strenge in dieser Beziehung zu erwarten ist.

Abg. Ricker will, um die Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch zu schützen, die Gesellschaften, an denen sich die Staatsbeamten nicht betheiligen dürfen, folgendermaßen bezeichnen: „Die unter die Vorschriften des Handels-Gesetzbuches oder des Berggesetzes fallenden Erwerbsgesellschaften."

Abg. Kalle zieht seinen Antrag zu Gunsten des Ricker'schen zurück.

Der Minister des Innern: Die Regierung hält die Beteiligung von Staatsbeamten an Erwerbsgesellschaften nicht für unzulässig, aber für ungewöhnlich, weil die Beamten dadurch in eine schiefe Lage gegenüber dem Publikum und ihren Vorgesetzten kommen. Es wurde vorher erwähnt, daß der Polizeipräsident v. Madai die Erlaubnis erhalten haben sollte, in den Verwaltungsrath einer Eisenbahn — ich weiß im Augenblick nicht, welcher — (es ist die Anhaltiner) einzutreten. Was darüber verhandelt ist, ist folgendes: Herr v. Madai fragte mich, ob es denn absolut unzulässig sei Mitglied des Verwaltungsrathes einer Eisenbahn zu werden; er glaube in dieser Stellung nützlich wirken zu können. Darauf erwiderte ich ihm, es verstände sich aber dann von selbst, daß er nicht einen Beamten Remuneration empfinde. Das ist Alles, was darüber verhandelt worden ist.

§ 1 wird darauf in folgender Fassung angenommen: „Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgelegten Ressortministers nicht Mitglieder des Vorstandes, Aufsicht- oder Verwaltungsrathes einer unter die Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder des Berggesetzes fallenden Erwerbsgesellschaft sein und nicht in Komitees zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten." Als Alinea 2 wird das Amendement Schmidt angenommen.

Ohne Debatte werden angenommen: § 2. Solchen unmittelbaren Staatsbeamten, welche aus der Staatsklasse eine fortlaufende Besoldung oder Remuneration nicht beziehen, oder welche nach der Natur ihres Amtes neben dieser Besoldung noch auf einen anderen Erwerb hingewiesen sind (Medizinalbeamten u. s. w.), kann die Genehmigung, auch wenn mit der Mitgliedschaft ein Vermögensvortheil verknüpft ist, erteilt werden, sofern die Uebnahme der letzteren nach dem Ermessen des vorgelegten Ressortministers mit dem Interesse des Staatsdienstes vereinbar erscheint. § 3. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich. Auf einstweilen in den Ruhestand versetzte Beamte finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Damit ist die zweite Berathung dieses Gesetzentwurfes erledigt. Es folgt die dritte Berathung des Gesetzes betreffend das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen, das ohne Debatte genehmigt wird. Eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird trotz des Widerspruchs des Regierungskommissars Präsident Schellwitz vom Hause angenommen. Sie lautet: „Die f. Staatsregierung aufzufordern, einer bestimmten Anzahl der bei den Spezial-Kommissionen beschäftigten vorzüglich bewährten Protokollführer eine angemessene, ihrem Einkommen entsprechende Pensionsberechtigung in ähnlicher Weise, wie dies bezüglich der Kommissarien und Feldmesser bereits geschehen, — beizulegen."

Eine andere, vom Abg. Plath beantragte Resolution, „die f. Staatsregierung aufzufordern, in der Organisation der Spezialkommissionen eine gesetzliche Regelung dahin in Aussicht zu nehmen, daß den Kommissarien Bureauarbeiten zugeordnet werden, welche aus der Staatskasse bestritten werden"; wird, da sie eine Mehrbewilligung in Aussicht nimmt, an die Agrarkommission zur Berichterstattung zurückverwiesen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzentwurf, betreffend die außerordentliche Tilgung von Staatsschulden, wird auf Antrag des Abg. Ricker ohne Diskussion an die Budgetkommission verwiesen.

Gegen 2 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. (Verschiedene dritte Lesungen und zweite Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Verwaltung erledigter Bisthümer und die Deklaration des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen.)

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 2. Mai. Unverkennbar macht die Bedeutung und Wirkung des bei den Verhandlungen des Reichstages zu Tage getretenen Einvernehmens zwischen der Regierung und der liberalen Partei sich auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bemerkbar. Ein Gesetz von der Bedeutung wie das über die Synodalordnung würde ohne jenes Einvernehmen sehr erhebliche prinzipielle Erörterungen von Seiten der liberalen Partei veranlassen haben, wie denn auch diese Eventualität als unzweifelhaft früher von der liberalen Presse in Aussicht gestellt wurde. Schon in der Kommission aber, welche mit der Vorprüfung des Gesetzes beauftragt worden, herrschte das Bestreben nach Entgegenkommen und Verständigung vor, und die Berathungen des Plenums haben lediglich die in der Kommission getroffenen Vereinbarungen ratifizirt. Besonders bemerkenswerth ist dabei, daß auch die konservativen Abgeordneten sich von dieser Verständigung über die Grundlagen des Gesetzes nicht ausgeschlossen haben. Auch Herr v. Wedell-Dehlingsdorf, der jüngst noch ein entschiedener Anhänger der Opposition in der kirchenpolitischen Frage war, hat in ausdrücklichem Gegensatz zu Herrn v. Gerlach den Tendenzen des Gesetzes zugestimmt. Man wird darin einen neuen Beweis finden, daß die konservativen Elemente in der Landesvertretung keineswegs einer Taktik zustimmen, wie solche in der Haltung der „Kreuz-Zeitung" gegeben ist. — Das Pressegesetz ist vom Bundesrath zunächst dem Justizauschusse zugewiesen, um die formelle Beschlußfassung über die Annahme in der veränderten Gestalt, in welcher es aus den Berathungen des Reichstages auch gegenüber den letzten Vorschlägen des Bundesraths hervorgegangen ist, vorzubereiten. Inzwischen werden die Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen auf die endgültigen Anweisungen ihrer Regierungen in Bezug auf die schließliche Haltung im Plenum einholen. Auch das preussische Staatsministerium und der König von Preußen kommen hierdurch nochmals in die Lage, sich formell über das Pressegesetz schlußfö zu machen. Es beruht auf einem Irrthum wenn hier und da von einer besondern Sanction des Gesetzes seitens des Kaisers als Kaiser die Rede ist. Nach der Reichsverfassung wird die Gesetzgebung durch den Bundesrath und den Reichstag geleitet und die Uebereinstimmung dieser beiden Organe genügt zum Zustandekommen des Gesetzes. Der Kaiser hat aber in seiner Eigenschaft als König von Preußen schließlich noch über die Zustimmung Preußens im Bundesrath zu entscheiden. Insofern muß die Sache auch in dem jetzigen Stadium nochmals in der preussischen Regierung berathen werden; allerdings nur formell, denn vertraulich hat dieselbe bereits ihre Zu-







Druck und Verlag von W. Döcker u. Comp. (F. Köffel) in Bosen.